

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Februar 1955

Nr. 87

Preis S 2,-

Seite 12: ZUM STURZ MALENKOWS, eine Erklärung des IS

FORMOSAKRISE UND DEUTSCHE WIEDERAUFBRÜSTUNG.

Die internationale Lage ist an einem neuen kritischen Punkt angelangt. Sie erinnert an die Lage, die vor zehn Monaten, vor dem Fall von Dien Bien Phu, bestand. Schon damals schien es, daß der Kalte Krieg unvermittelt in den Heißen umschlagen werde. Die amerikanische Flotte war bereits in Marsch gesetzt worden. Doch die anderen Imperialisten, voran der englische, zögerten. Da die USA einen neuen Teilkrieg, dessen Ausgang kaum ein anderer als der des Korea-Krieges gewesen und dessen Hauptlast wieder auf sie gefallen wäre, vermeiden wollten, wichen sie zurück. Es kam zur Genfer Konferenz. Heute steht der USA-Imperialismus vor einer ähnlichen Lage. Diesmal geht es allerdings um Formosa, wo er selbst die Kosten tragen soll. Dorthin hat sich der geschlagene Tschiang-Kai-Schek zurückgezogen und hofft, gestützt auf USA, den Bürgerkrieg eines Tages wieder aufnehmen zu können.

Vor sechs Monaten, anlässlich des Falles der EVG, schrieben wir, daß die USA einen neuen Teilkrieg vermeiden wollen, um alle Kraft für die allgemeine Auseinandersetzung aufzusparen. Der Fall der EVG im September schuf für einen solchen neuen Teilkrieg in Ostasien eine relativ günstige Situation. Das imperialistische Lager war in arge Verwirrung geraten und kaum aktionsfähig. Für einen neuen Vorstoß der kolonialen Revolution, sei es nach Süd-Vietnam, sei es nach Formosa, war die Lage sehr günstig. Die rasche Schaffung der Pariser Verträge vertagte jedoch eine solche Aktion. Jetzt scheint sich, was damals Hypothese war, zu realisieren.

Das neue China hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es Formosa von der konterrevolutionären Bande Tschiang-Kai-Scheks befreien wird. Seit dem Herbst hat es diese Absicht noch bekräftigt. In den letzten Wochen hat es den ersten Schlag durch die Besetzung der Insel Jikiangschan geführt, zweifellos der erste Schritt zur Vertreibung der Truppen Tschiangs von den der Küste vorgelagerten Inselgruppen, die die Ausgangsbasis zur Befreiung Formosas bilden.

Die USA erkannten, welche Bedeutung diesem ersten Schlag zukommt. Eisenhower ließ sich über Nacht Kriegsvollmachten geben. Der USA-Imperialismus weiß, welche Folgen der Verlust Formosas für ihn hitte. Eisenhower erklärte eindeutig, daß die USA auf dieses "Sprungbrett" nicht verzichten werden.

Wie bei Korea wird die UNO vor den Karren gespannt. China, sonst von der UNO ausgeschlossen, sollte jetzt an "Waffenstillstandsverhandlungen" teilnehmen. Darauf kam aus Peking eine Ohrfeige: das neue China stellte Gegenforderungen (sofortiger Abzug der USA-Truppen aus Formosa, Verurteilung der USA als Aggressor). Bei diesem energischen Vorgehen stützt sich China vor allem auf die immer noch anwachsenden Sympathien der asiatischen Massen, unter deren Druck es z.B. zur kommenden asiatisch-afrikanischen Konferenz eingeladen wurde, während der USA-Schützling Tschiang-Kai-Schek keine Einladung erhielt.

Wie steht es diesmal mit den anderen Imperialisten? England ist gezwungen, diesmal bei der Stange zu bleiben - aber mit Widersprüchen! Es weiß, daß nach Formosa die Frage Hongkong kommen wird und daß dann bald der Rest seiner Machtstellung in Asien dahin sein wird. Deshalb stellt sich der englische Imperialismus diesmal entschieden an die Seite der USA - aber nicht ohne Widersprüche. Eden erklärt einerseits, daß die Besetzung der vor dem Festland liegenden Inseln durch China den Kriegsfall darstellen würde. - Er tritt andererseits für eine Neuauflage der Genfer Konferenz ein, was den USA nicht in den Kram paßt, weil es voraussieht, daß dann Formosa bald flöten geht. Die widerspruchsvolle Haltung Edens entspringt dem doppelten Druck, dem England ausgesetzt ist: dem der USA und dem der asiatischen Regierungen, die das neue China zumindest passiv gegen USA unterstützen. Der englische Imperialismus wird also auch diesmal ein Kompromiß suchen. Aber das ist diesmal viel, viel schwerer als im Falle Indochina. Wenn er via Moskau in Peking auf "Mäßigung" drängt, dann aus Schwäche und Unsicherheit.

Was den französischen Imperialismus anbelangt, so fällt er als wirkliche Kraft im Fernen Osten weg. Er hat genug zu tun, um sich in Süd-Vietnam und in Nordafrika zu behaupten. Der Sturz von Mendès-France unterstreicht seine prekäre Lage noch.

Praktisch heißt das alles, daß im Kriegsfall die Hauptlast des Kampfes neuerlich auf die USA fallen würde. Sie geraten in Gefahr, das, was sie vermeiden wollen, tun zu müssen: einen falschen Krieg zur falschen Zeit am falschen Ort zu führen.

Die Lage im Fernen Osten darf jedoch nicht isoliert von jener in Europa gesehen werden. Welchen Gang die Ereignisse in Asien nehmen werden, hängt in höchstem Grade von der Lage in Europa ab. Genauer, von der Durchsetzung der Remilitarisierung des kapitalistischen Teiles Deutschlands.

Die entscheidende Tatsache der letzten Wochen ist hier, daß das deutsche Proletariat, vor allem die proletarische Jugend, den Kampf gegen die Remilitarisierung in steigendem Maße aufgenommen hat. Der Druck der Massen hat bis jetzt die SPD an der Spitze dieses Kampfes gehalten. Der grandiose Streik der 800.000 Berg- und Metallarbeiter im Jänner hat den Willen der deutschen Massen, den außerparlamentarischen Kampf gegen die Remilitarisierung fortzusetzen und zu steigern, unterstrichen.

Es ist dieser Massenkampf, der nicht nur der deutschen Bourgeoisie große Sorgen bereitet. Selbst wenn es Adenauer gelingt, die Pariser Verträge durchzubringen, muß sich der Imperialismus fragen, welchen Wert eine gegen den kämpferischen Willen der Massen geschaffene deutsche Armee haben kann. Die Fortsetzung des Massenkampfes muß schließlich in Deutschland zu einer vorrevolutionären Situation führen, die leicht explosiven Charakter annehmen kann.

In dieser Lage greift nun die Kremldiplomatie mit ihren Schwachzügen gegen die Remilitarisierung ein. Sie macht in der Frage der Wiedervereinigung immer weitergehende Angebote und Zugeständnisse. Die Imperialisten, die auf die deutsche Wiederaufrüstung nicht verzichten können, sind heute so weit, daß sie ihre eigenen Vorschläge, die sie vor einem Jahr auf der Berliner Konferenz machten, nicht mehr

annehmen können. Ohne deutsche Armee wagen sie es trotz Atomrüstung nicht, den Krieg zu beginnen. Deshalb setzen sie alles daran, die deutsche Remilitarisierung durchzudrücken.

Hier ist der Punkt, an welchem sich die Frage Formosa mit der Frage der deutschen Wiederaufrüstung verknüpft. Solange in Europa keine deutsche Armee steht, wird der Imperialismus versuchen, den Kriegsbeginn hinauszuschieben. Diesen Umstand nutzen der Kreml wie Peking aus, um wichtige Positionen des Imperialismus, wie Formosa, zu Fall zu bringen. Es ist dem Kreml vollkommen ernst, wenn er feststellt, daß nach der Ratifikation der Pariser Verträge keine Verhandlungen über Deutschland mehr möglich sind. Alle gegenteiligen Behauptungen der Adenauer & Co. sind nur dazu bestimmt, die Massen einzuschläfern und irrezuführen. Die deutsche Remilitarisierung schafft unmittelbare Kriegsgefahr. Um bis dahin die imperialistische Position so weit als möglich zu schwächen, ist Ziel der Kremlpolitik, die insgeheim immer noch hofft, den Imperialismus zu einem Kompromiß zu zwingen. Dabei stützt sich die Bürokratie notgedrungen auf die Dynamik der kolonialen Revolution (- freilich eine Stütze, die sie eines Tages unter sich begraben wird.)

Je schlechter es also um die Frage der Remilitarisierung Deutschlands steht, umso mehr besteht Aussicht, die imperialistischen Positionen im Fernen Osten zu schwächen und selbst zu vernichten. Der Fall Formosa liegt anders als jener Indochinas. Die Quantität beginnt nämlich bereits in die Qualität umzuschlagen. Nach Korea und Indochina einen weiteren Verlust wie den Formosas hinzunehmen, heißt die Chancen des Imperialismus für den kommenden Krieg im voraus stark vermindern. Das ist es, was die USA-Bourgeoisie erkannt hat, was selbst Eisenhower auf die Linie der Knowland-Radford, die seit langem für den Krieg gegen das neue China eintreten, getrieben hat. Er selbst gehört zu jener Fraktion der amerikanischen Bourgeoisie, die einen isolierten Krieg vermeiden und erst nach Schaffung der deutschen Armee den allgemeinen Krieg auslösen will. Deshalb sucht er, trotz seiner Kriegsvollmachten, immer noch ein Kompromiß auf der Basis des status quo im Fernen Osten. Allerdings mit einem begrenzten Rückzug: Räumung der Tacheninseln und wahrscheinlich auch noch anderer unmittelbar beim Festland gelegener Inseln.

Das Dilemma, in welchem sich der Imperialismus befindet, ist also klar sichtbar. Er kann Formosa nicht preisgeben, ohne nicht wider Willen der kolonialen Revolution in Asien und Afrika einen neuen mächtigen Impuls zu verleihen und damit auch den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Remilitarisierung erneut zu beflügeln. Aber er kann und will wegen Formosa nicht den allgemeinen Krieg beginnen, da er heute noch keine deutsche Armee in Europa hat. Noch ist heute nicht sichtbar, welchen Weg der Imperialismus wählen wird. Er steht zwischen Skylla und Charybdis; die Kriegsgefahr kann jeden Augenblick zur akuten werden. Sichtbar ist aber geworden, welche grandiose internationale Bedeutung der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Remilitarisierung hat.

II.

Der Kampf des deutschen Proletariats gegen die Remilitarisierung hat in den letzten Wochen ein höheres Niveau erreicht: er wird mehr und mehr mit außerparlamentarischen Mitteln geführt. Die große Streikaktion, wenn auch nicht ausdrücklich gegen die Wiederaufrüstung gerichtet, hatte im Grunde keinen anderen Sinn. Die Steigerung des Kampfes durch Massenversammlungen und Kundgebungen, durch Eintreten für eine Volksabstimmung und durch die bereits laut gewordene Forderung nach Generalstreik einerseits, die wachsenden Befürchtungen und Sorgen

der deutschen Bourgeoisie andererseits beweisen, daß sich die Situation in eine vorrevolutionäre zu wandeln beginnt. Der Ausgang der Wahlen der letzten Monate, die überall die Konzentration der Bourgeoisie um die CDU einerseits, neue Fortschritte der SPD andererseits zeigen, unterstreicht die Polarisierung der Klassenlager. Die Bewegung gegen die Remilitarisierung reicht bereits über die Arbeiterklasse hinaus; sie hat Schichten des Kleinbürgertums erfaßt und in den Kampf einbezogen. Die Bourgeoisie schließt sich um Adenauer zusammen, der bei seiner Linie der Remilitarisierung und ihres "Voranges" bleibt und die Abstimmung über die Verträge durchpeitschen will. Aber der Sturz von Mendès-France kommt ihm jetzt in die Quere. Er sucht die SPD und ihre Politik als dem Krenl dienlich zu verächtigen und will den Massen einreden, daß Rußland bereits einige Male zuerst scharfen Widerstand geleistet habe, nach vollzogener Tat aber doch zu Verhandlungen bereit war. Er weist dabei auf Japan, Jugoslawien, die Türkei und Triest hin. Der Betrug ist offensichtlich: keiner der angeführten Fälle kann sich an Bedeutung auch nur entfernt mit der deutschen Remilitarisierung messen, ganz abgesehen von der Zuspitzung der Weltlage im letzten Jahr.

An der Spitze des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse steht die SPD. Die Frage, warum sie in der Remilitarisierungsfrage so konsequent an ihrem Standpunkt festhält, beantwortet sich damit, daß sie einem doppelten Druck ausgesetzt ist. Einerseits ist das Regime Adenauer, trotz seiner parlamentarischen Fassade, im Grunde ein halbautoritäres, reaktionäres Regime, das überall, im Staatsapparat, in Verwaltung, Justiz, Diplomatie, Polizei usw. die alten Nazibanditen untergebracht hat. Die Macht der Ruhrmagnaten und Bankhymnen wächst ständig an. Die reformistische Bürokratie weiß, daß die Bourgeoisie bei nächster Gelegenheit bereit ist, sie wieder aus ihren Positionen zu verjagen und die Arbeiterbewegung zumindest in eine halbfaschistische Zwangsjacke zu stecken. Die Remilitarisierung würde der Bourgeoisie dazu ein mächtiges Instrument in die Hand geben. Der Übergang zu einer Militärdiktatur läge ganz nahe. Deshalb der Widerstand der reformistischen Bürokratie gegen die Bourgeoisie, gegen die Remilitarisierung.

Andererseits drücken die Massen auf sie. Die passive "Ohne uns"-Stimmung hat einer aktiven, kämpferischen Haltung der Massen Platz gemacht. Entscheidend ist, daß die Bewegung auf die Gewerkschaften übergegriffen hat und diese heute zur Hauptkraft geworden sind. Die reformistische Bürokratie, die auf dem Berliner Parteitag noch schwankte und zögerte, ist seither verstärkt unter den Druck der kämpfenden Massen geraten; sie wird jetzt eher von diesen nach vorwärtsgestoßen. Es wird immer schwerer für sie, zurückzuschwanken und einzulenken.

Sicherlich ist die SPD im Grunde für ein kapitalistisches Heer. Sie ist auch - im Falle des Scheiterns der Verhandlungen über die Wiedervereinigung - für die "Stärkung der Verteidigung des Westens", wie Ollenhauer erklärt. Sie ordnet aber, im Gegensatz zur Bourgeoisie, die Frage der Remilitarisierung der Frage der Wiedervereinigung unter; sie tritt, im Gegensatz zur Bourgeoisie, für die Wiedervereinigung Deutschlands ohne Krieg ein. So unzulänglich diese Forderungen sind, so sind sie doch imstande, breite Massen zu einer aktiven Politik heranzuziehen. Der Appell der SPD an die Massen zur Unterstützung ihrer Politik hat jedoch vor allem deshalb einen größeren Erfolg, weil er an den tiefen Abscheu der Massen gegen einen neuen Krieg anknüpft. Ja, in gewissem Grade ist die Haltung der SPD in der Remilitarisierungsfrage auch Reflex dieser Grundstimmung der Massen. Sie ignorieren, hätte praktisch den Bruch mit den Massen zur Folge. Damit hätte sich aber die reformistische Bürokratie selbst den Boden unter den Füßen weggezogen. Die Bourgeoisie hätte nichts dagegen, wenn sie das täte.

Die Stimmung der Massen ist auch heute größtenteils noch pazifistisch. Aber dieser Pazifismus ist "der unklare Ausdruck des Mißtrauens gegen den Imperialismus", wie unser Übergangsprogramm sagt. Je energischer und umfassender der Massenkampf wird, umso mehr wird der Pazifismus verschwinden und der wachsenden Erkenntnis Platz machen, daß der Klassenkampfweg der einzige ist, der die Arbeiterklasse zum Ziel führt. Es wird vor allem die Arbeiterjugend sein, die sich diese grundlegende Erkenntnis aneignen wird.

Wir sagten oben, daß eine derart machtvolle Massenbewegung den Weg zu einer vorrevolutionären Situation in Westdeutschland bahnt. Die Forderung nach einer Volksabstimmung, von Gewerkschaften aufgeworfen, könnte, verbunden mit Kampfschritten in den Betrieben, tatsächlich die Türe zu einer solchen Situation aufstoßen. Die deutsche Bourgeoisie widersetzt sich erbittert einer Volksabstimmung; sie weiß, was für sie auf dem Spiele steht. Umsomehr wird die Forderung aber um sich greifen. Die Schaffung von Aktionsausschüssen, vor allem in den Betrieben, zur Durchsetzung und Organisierung der Volksabstimmung könnte zur ersten Form von Räten führen. Eines der größten subjektiven Hindernisse von heute, nämlich die trotz allem vorhandene Unterwürfigkeit der SPD-Führung gegenüber Adenauer und seiner Clique, anstatt energisch deren Sturz und Verjagung zu fordern, würde dann bald verschwinden. Die Verwirklichung der Losung: "SPD an die Macht!", von den Aktionsausschüssen aufgenommen, durch Streikaktionen und andere außerparlamentarische Kampfmittel unterstützt, würde unmittelbar auf die Tagesordnung treten. Auf diesem Wege könnte sehr rasch eine vorrevolutionäre Situation in Westdeutschland Tatsache werden. Die Kampf Bewegung befindet sich immer noch im Aufschwung; sie verbreitert sich heute mehr als je, wie alle Nachrichten lehren.

Den Kampf gegen die deutsche Remilitarisierung hat nun das deutsche Proletariat selbst in seine Hände genommen. Damit widerlegt es gründlichst die widerlichen nationalistischen und chauvinistischen Argumente, die in anderen Ländern im Kampfe gegen die deutsche Wiederbewaffnung verwendet wurden und werden, angefangen von der Bourgeoisie über Attlee und selbst Bevan bis hinüber zur stalinistischen KP. ("Die Deutschen sind alle Militaristen", "Deutschland wird einen neuen Krieg beginnen" usw.) Die deutsche Arbeiterklasse gibt heute ein Beispiel, wie die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Italiens usw. gegen die Aufrüstung und Kriegstreiberei der eigenen Bourgeoisie kämpfen müssen - und wozu sie die Attlee, Bevan, die Thorez und Togliatti aufrufen müßten, wenn sie nicht der eigenen Bourgeoisie dienen oder wie die Stalinbürokraten, bloß eine Änderung ihrer Außenpolitik herbeiführen wollten, oder wie Bevan, in einer halben Position verharren würden.

Es ist heute bereits hoch an der Zeit, daß die SPD und die deutschen Gewerkschaften engsten Kontakt mit allen Strömungen, Parteien und Gewerkschaften, die sich gegen die deutsche Remilitarisierung wenden, nehmen würden.

Was das deutsche Proletariat vor allem in seinem Kampfe braucht, ist internationale Solidarität. Die SPD hat einen Appell an die Parteien der "Sozialistischen Internationale" um Unterstützung ihres Kampfes gerichtet. Diese haben darauf nicht einmal geantwortet; die Führung der SPÖ hat ihm unterschlagen. Das zeigt die niederträchtige Verräterei der Attlee, Guy Mollet, Saragat und Schärf. Es geht jetzt darum, in allen Ländern Westeuropas die Massen zu breiten Solidaritätsaktionen für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse aufzurufen. Die Churchill, Pinay, Scelba kommen der deutschen Bourgeoisie zu Hilfe; wie diese fürchten sie die Massen, ihren Kampf. Eben darum muß sich die Arbeiterklasse jeden Landes gegen die eigene Regierung wenden, sie schlagen, muß sie durch Solidaritätskundgebungen und

-streiks den Kampf der deutschen Arbeiterklasse unterstützen. In Frankreich wie in Italien wäre es die Aufgabe der KP, die dort die große Mehrheit der Arbeiterklasse um sich sammelt, durch eine wirkliche Politik der Einheitsfront gegenüber der SP die Kampffront zu schließen und gegen die eigene Bourgeoisie zu wenden. Was tut aber die KP? Thorez erklärt, daß "nur eine neue Außenpolitik" die Lage ändern könne! Und die Einheitsfrontpolitik, die die KP betreibt, ist nach wie vor ultralinks-sektiererisch und verhindert eine breite Kampffront der Massen. Die Stalinbürokratie fürchtet, es sich mit der Bourgeoisie zu verderben, von der sie nichts als einen außenpolitischen Kurswechsel um 180 Grad verlangt. In diesem Falle ist die KP bereit, jede bürgerliche Regierung zu unterstützen oder zu tolerieren. Daß aber diese verräterische Politik von der Arbeiterbasis in wachsendem Maße abgelehnt wird, zeigt die jüngste Krise der KPI.

Wie vor einem Vierteljahrhundert ist heute die Frage Deutschland wieder zu einer Schlüsselfrage der Weltpolitik geworden. Die Situation ist heute jedoch eine gänzlich andere: das internationale Kräfteverhältnis ist diametral dem der beginnenden Dreißigerjahre entgegengesetzt. Damals stieg die internationale Konterrevolution empor; heute ist es die Revolution. Das deutsche Proletariat hat große Chancen in seinem Kampfe. Selbst wenn es der Bourgeoisie gelingen sollte, die Pariser Verträge durchzusetzen, ist der Kampf nicht zu Ende. Seine weitere Entwicklung hängt entscheidend davon ab, ob sich im Verlauf der heutigen Kämpfe eine proletarische Linke in der SPD, vor allem in der Arbeiterjugend, herausbildet, die genügend stark und klarsichtig ist, um die Massen auf die Linie des Klassenkampfes zu führen. Die Voraussetzungen für die Schaffung dieses linken Flügels in der SPD verbessern sich heute täglich. Die Hauptaufgabe seiner Vorkämpfer wird heute sein, die SPD-Führung auf der Linie der außerparlamentarischen Aktion zu halten, die Volksabstimmungskampagne zu forcieren, dem Massenkampf eine klare Ziellosung in Gestalt der Forderung nach einer Sozialistischen Regierung, die ein sozialistisches Programm verwirklicht, zu geben.

III.

Die Frage der deutschen Wiederaufrüstung berührt natürlich auch die österreichische Arbeiterklasse aufs tiefste. Da aber die Führung der SPÖ in schärfstem Gegensatz zur SPD-Politik steht, daher jede Solidaritätsaktion unterläßt, verhalten sich die Arbeitermassen dem Kampf der deutschen Arbeiter gegenüber im Grunde passiv, wenn nicht gleichgültig. Nur eine zahlenmäßig schwache Avantgarde versucht, das Eis zu brechen. Wie schwierig das ist, beweist wohl drastisch der Schritt, den Hindels mit der Veröffentlichung eines Artikels gegen die deutsche Remilitarisierung im Organ der SPD unternommen hat. Die Rechten üben eine wahrhafte Diktatur des Apparates aus. Dauernd greifen sie die SPD in der A.Z. an und verleumden ihre Politik. Das alles wagen sie ohne jeden Beschluß eines Parteitages! Aber auch die Tage der Schärf & Co. sind gezählt. So schwach heute die linken Kräfte in der SPÖ auch sind, sie werden über die Schärf & Co., über ihren Apparat triumphieren. Die Tatsachen des internationalen Klassenkampfes werden auf die Dauer die österreichische Arbeiterklasse nicht unberührt lassen. Die koloniale Revolution in Asien, deren Dynamik zur Formosakrise geführt hat, beschleunigt die proletarische Revolution in Europa, die heute im Kampf des deutschen Proletariats wieder ihre ersten Schritte versucht. Die österreichi-

sche Bourgeoisie hofft, die deutsche Wiederaufrüstung ausnutzen zu können, um die Arbeiterklasse zurückzudrängen und erneut unter die Fuchtel zu bekommen. Sie wird sich täuschen; sie wird nur den Widerstand der Arbeiterklasse wecken.

Trotz der heutigen Schwäche der linken Kräfte in der SP muß alles getan werden, um die aktiven sozialistischen Arbeiter über die schändliche Haltung der SP-Führung gegenüber dem Kampf der SPD aufzuklären und sie zu aktiver Stellungnahme gegen den Kurs der Schärf, Pollak & Co. zu bewegen. Wo wir, die wir die aktivste Kraft in diesen Aktionen sein müssen, die Möglichkeit haben, müssen wir für die Verbreitung des Standpunktes von H i n d e l s sorgen. Sein Standpunkt ist es, von welchem wir heute ausgehen müssen, um schließlich die Arbeiter an Hand ihrer eigenen Erfahrungen über ihn hinaus auf den revolutionären, auf unseren Standpunkt überzuleiten. Niemals war unsere Aktion entscheidender als heute! Wir dürfen uns nicht abschrecken lassen durch die Hetze der Rechten, die Hindels als Kryptokommunisten hinstellen und bei den Arbeitern verleumden wird. Wer hat den schuld, daß Hindels seine Ansichten im deutschen SP-Organ veröffentlichen muß? Niemand anderer als die Rechten! Ihre Politik ist es, die den Stalinisten, der "Volksstimme" ermöglicht, im Trüben zu fischen.

Übrigens besteht wenig Aussicht, daß die KPÖ ernstlich Einfluß auf die Arbeiterklasse erhalten wird. Ihre Politik bleibt genau so steril wie eh und je. Weder der Wiener Appell noch die "Volkskonferenz" können ihr ernste Sympathien bei den sozialistischen Arbeitern verschaffen. Das schafft für die Herausbildung einer Linken in der SP eine günstige Situation, weil es ihr erleichtern wird, den Weg zur IV. Internationale einzuschlagen.

In der Frage Formosa unterstützt die SP-Führung den amerikanischen Standpunkt, d.h. sie stellt sich praktisch an die Seite des Banditen Tschiang-Kai-Schek! Selbst Attlee ist gezwungen, vom USA-Standpunkt, den auch Eden unterstützt (wie gesagt, mit Widersprüchen) abzurücken. Er verlangt den Abzug Tschiangs und eine Volksabstimmung auf Formosa, was nichts anderes heißt, als daß er für seine Rückkehr zu China ist. Wir müssen diesen Standpunkt Attlees vorerst zu dem unseren machen, um in der SP den Rechten entgegenzutreten. Wir werden damit die Fragen der kolonialen Revolution überhaupt, ihres Fortgangs und des engen Zusammenhangs mit der Frage der deutschen Wiederaufrüstung aufwerfen können. Beide Fragen, Formosa und deutsche Remilitarisierung, sind ausgezeichnete Fragen, um den aktiven sozialistischen Arbeitern den revolutionären Charakter unserer Epoche klar zu machen und sie zur internationalen Kampfolidarität zu erziehen. So werden wir sie schrittweise an das Verständnis für unser Programm und unsere Politik heranführen, deren Richtigkeit der internationale Klassenkampf täglich überzeugender bestätigt.

Redaktionsschluß: 7.2.1955

+++++

Die vertiefte Krise des kapitalistischen Systems nährt ohne Unterlaß die revolutionären Massenbewegungen sowohl in den Mutterländern als auch in den Kolonien trotz der Niedertracht, der Unfähigkeit und des Verrats der Massenfürhungen. Das stellt die wichtigste Basis für die Schaffung einer neuen revolutionären Führung und zur Lösung der Krise dar, die bis heute die volle Entfaltung der revolutionären Kräfte und ihren raschen, vollständigen und dauernden Sieg verhindert hat.

Politische Resolution, beschlossen
vom 4. Weltkongreß (Juli 1954)

+++++

DIE KLASSENNATUR DER VOLKSREPUBLIK CHINA
=====

Resolution, angenommen auf dem XV. Plenum des IEK.

Die Resolution des XV. Plenums des IEK (Juni 1952) über die 3. chinesische Revolution drückte sich über die Natur der Regierung und die Perspektiven der Macht Mao-Tse-Tungs wie folgt aus:

"Die Doppelherrschaft kann nur von ganz kurzer Dauer sein. Die Richtung ihrer Entwicklung ist durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen im nationalen und internationalen Maßstab bestimmt. Der entscheidende Faktor in dieser Entwicklung ist heute die Rolle der Zentralregierung. Diese Regierung reflektiert nicht den parallelen Druck der antagonistischen Klassen, sondern sie handelt, trotz ihres zentristischen Zauderns, grundlegend im Sinne der Zerstörung dessen, was von der Macht der Bourgeoisie noch vorhanden ist. Auf diesem Gebiet sind nicht die kleinbürgerlichen Theorien der Regierung von der Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit entscheidend, sondern der historische Sinn ihres Handelns angesichts der explosiven Klassenkonflikte im nationalen und internationalen Maßstab. Wir charakterisieren diese Regierung als eine Arbeiter- und Bauernregierung, weil sie einerseits praktisch mit den historischen Interessen der Bourgeoisie gebrochen hat, um sich auf den Weg der Revolution zu begeben, und weil sie andererseits weder die Zerstörung der Macht der Bourgeoisie vollendet noch die Doppelherrschaft im Staatsapparat von oben bis unten liquidiert hat. Diese Arbeiter- und Bauernregierung wird nur eine kurze Übergangsphase auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats sein, auf welchen sie die Dynamik der nationalen und internationalen Situation immer mehr hintreibt."

Seither bezeugen alle Entwicklungen in Volkschina die Konsolidierung, Verstärkung und Ausbreitung der Errungenschaften, die durch den Sieg über das Tschiang-Kai-Schek-Regime errungen wurden.

Die Lösung der demokratisch-nationalen Aufgaben geht zur selben Zeit ihrem Ende zu, als der neue Staat sich den den sozialistischen Revolution entspringenden Aufgaben nähert. Das beweist den permanenten Charakter der Revolution nicht nur vor sondern auch nach der Eroberung der Macht. Der Gang der Revolution war so gewaltig, daß die Führung der KP Chinas alle ihre Perspektiven über eine lange Periode der "Volksdemokratie" von einem neuen undefinierten Typus aufgab und sich mit Worten, die mit denen der Theorie der permanenten Revolution identisch sind, ausdrückt:

"Die Periode, die von der Schaffung der chinesischen Volksrepublik zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft führt, ist eine Übergangsperiode. Die grundlegenden Aufgaben des Staates in der Übergangsperiode sind: die graduelle Verwirklichung der sozialistischen Industrialisierung des Landes, die graduelle sozialistische Umwandlung in der Landwirtschaft, in der gewerblichen Industrie, in der kapitalistischen Industrie und im kapitalistischen Handel..... Die gegenwärtige Verfassung sichert die Eroberungen der Volksrevolution in unserem Lande und die errungenen Siege seit der Schaffung der chinesischen Volksrepublik auf dem Gebiete der Politik und der Ökonomie. Sie widerspiegelt gleicherweise die grundlegenden Erfordernisse des Staates in der Übergangsperiode und die allgemeinen Aspirationen der breiten Volksmassen für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft..... Die chinesische Volksrepublik ist ein volksdemokratischer Staat, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern aufgebaut ist." (Verfassung der Volksrepublik China, 1954.)

Die Permanenz der Revolution, die radikalen, tiefen und notwendigen Umwandlungen, um zum sozialistischen Aufbau des Landes zu gelangen, Umwandlungen, die sich über eine ganze Periode erstrecken werden, werden unvermeidlich den Klassenkampf sowohl in den Städten als auch auf dem Lande wieder beleben. Im Verwaltungsapparat und in der KP selbst werden unvermeidlich Reflexe dieses Kampfes sichtbar werden.

Die ökonomische Politik der Regierung gleicht sich den gegenwärtigen Möglichkeiten Chinas an und rechnet mit der beschränkten ökonomischen Hilfe der SU und den sehr beschränkten Beziehungen mit dem internationalen kapitalistischen Markt: Industrialisierung mit einem bedeutenden, aber nicht übertriebenen Rhythmus; Beginn der Planung der Wirtschaft; Verstärkung des verstaatlichten Sektors im Verhältnis zum privaten; Bemühungen in der Agrarpolitik, das Bündnis mit der Bauernschaft aufrechtzuerhalten und die Industrialisierung zu ermöglichen.

Die jüngsten von der chinesischen Regierung herausgegebenen Informationen:

a) 1954 wird der Anteil der privaten Unternehmungen an der Gesamtproduktion 29% betragen, der Rest entfällt auf nationalisierte oder auf "gemischte" Unternehmungen. Letztere gehören zur Hälfte dem Staate und sind in die Planwirtschaft eingeschlossen.

b) Der staatliche und der genossenschaftliche Handel umfassen 50% des Detail- und ungefähr 80% des Großhandels.

c) Die Bauernschaft wird auf die Bildung von "Produktionsgenossenschaften" orientiert. Diese sind Zusammenfassungen von mehreren Bauernfamilien zur Leitung und gemeinsamen Ausbeutung ihres privaten Bodens.

Der Außenhandel ist ein Monopol.

Die Ziffern der industriellen Produktion sind begreiflicherweise noch sehr schwach. Da das gegebene Niveau der Produktivkräfte niedrig ist, ist die Entwicklung der Ökonomie notwendigerweise sehr langsam. Die spezifischen Bedingungen Chinas werden in der Stadt und auf dem Lande kapitalistischen Kräften und Tendenzen Spielraum verschaffen. Unter diesen Bedingungen kommt der Politik der Führung große Bedeutung zu, um die kapitalistischen Kräfte und ökonomischen Formen einzuschränken und zu vermindern.

Die Außenpolitik der Regierung Volkschinas hat bis jetzt die Befreiungsbewegungen der asiatischen Völker gegen den Imperialismus und seine einheimischen Lakaien unterstützt. Obwohl man die Möglichkeit eines Rückzuges der chinesischen Führung auf ihrer Suche nach einem Kompromiß mit der kapitalistischen Welt nicht ausschließen kann, so geben die internationalen Bedingungen ihnen nur einen sehr begrenzten Spielraum für Manöver; besonders wegen ihrer eigenen Interessen, dem Umfang der Bewegung und der antiimperialistischen Gefühle in ganz Asien und schließlich wegen der Forderungen des amerikanischen Imperialismus.

Die am 5. Jahrestag der Volksrepublik China von der Nationalversammlung angenommene Verfassung zeigt die Natur des Regimes: Der Inhalt ist eine Diktatur des Proletariats, wenn auch ihre Verfasser noch immer in die Formel der "Volksdemokratie" ihre Zuflucht nehmen.

Aber wenn das Regime im Grunde eine Diktatur des Proletariats, die sich auf die Bauernschaft stützt, ist, entsteht als wichtigstes Problem in der chinesischen Gesellschaft und in der chinesischen KP die Arbeiterdemokratie.

Die Probleme der Arbeiterdemokratie - sowohl die Frage der Organe der Massen als auch die der Parteidemokratie - die von sehr großer Bedeutung auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaft sind, stellen sich gegenwärtig in China unter sehr konkreten und besonderen Umständen. Das chinesische Proletariat hat 1945/47 nur einen beschränk-

ten Aufstieg gekannt, es ist in die Passivität zurückgefallen und hat als Klasse keine aktive Rolle bei der Eroberung der Macht gespielt, die in der Hauptsache von den von einer Arbeiterpartei geführten Bauernarmeen gesichert wurde. Es beginnt sich heute durch neue Schichten bäuerlichen Ursprungs zu verstärken. Es befindet sich in ganz anderen Verhältnissen als das sowjetische Proletariat 1921/23 nach mehreren Jahren intensiver politischer Aktivität. Das chinesische Proletariat verzeichnet heute vor allem eine Verbesserung seiner Lebens- und Arbeitsverhältnisse gegenüber der jüngsten Vergangenheit. Seine Politisierung steht erst am Anfang. Es ist daher heute vielleicht wenig empfänglich für die Probleme der sozialistischen Demokratie.

Ebenso ist die Lage der KP Chinas eine ganz andere als die der bolschewistischen Partei im Jahre 1923. Die KP Chinas ist heute die Arbeiterpartei, die die Mehrheit der Klasse hinter sich sammelt, einschließlich (mit Ausnahme einer ganz kleinen trotzkistischen Minderheit) ihrer Avantgarde. Die Führung der Partei ist zentristisch und handelt empirisch. Aber es gibt heute keinen systematischen Kampf einer bürokratischen Tendenz gegen einen revolutionären Flügel oder gegen revolutionäre Tendenzen. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen unsere Genossen stellen nicht einen Teil der allgemeinen Politik gegen das Proletariat dar, sondern sind vor allem ein Erbe der stalinistischen Organisationsmethoden und noch nicht überwundener stalinistischer Vorurteile. Die großen Probleme der politischen Orientierung Chinas auf nationalem wie auf internationalem Gebiet, nicht zu sprechen von den Problemen der Weltrevolution, können heute nur eine beschränkte Schicht von Mitgliedern dieser Partei beschäftigen. Die ersten Jahre der chinesischen KP und die verhängnisvolle stalinistische Politik 1925/27 sind nur einer ganz kleinen Schicht der chinesischen KP bekannt. Dennoch hat die Führung der KP Chinas im Laufe des Jahres 1954 (4. Sitzung des ZK, Februar 1954) Befürchtungen über die "Einheit der Partei", die von "aufgeblähten und stolzen" bürokratischen Elementen bedroht werde, ausgesprochen. Sie hat auch "trotzkistische und tschendusistische" Elemente denunziert (Liu Shao Shi, September 1954), was darauf schließen läßt, daß die sich nun den Mitgliedern der KP Chinas stellenden Probleme politische Differenzen sowohl in Bezug auf eine rechte wie auf eine linke Orientierung hervorrufen.

Die Gesamtheit der Verhältnisse, unter denen sich China heute befindet, zeigen eine Konsolidierung der Beziehungen zwischen der politischen Macht und den breiten Arbeiter- und Bauernmassen.

Obwohl bürgerliche Elemente in den Einrichtungen des neuen Staates vorhanden sind; wird die wirkliche, tatsächliche Macht von der KP Chinas ausgeübt. Die Revolution hat die Macht des Kapitalismus in dem Lande bereits gebrochen. Die chinesischen Kapitalisten spielen keinerlei führende Rolle in der Politik des Landes, sondern haben nur durch ihre wirtschaftliche Stellung, die sie in der chinesischen Gesellschaft einnehmen, und die ihnen auch durch die chinesische Verfassung zugestanden wird, Bedeutung.

Die Macht in China befindet sich so konsolidiert in den Händen einer Arbeiterpartei, die eine führende Rolle in dem Prozeß einer permanenten Revolution spielt, in welchem die bürgerliche Macht zerstört worden ist. Aus diesem Grunde betrachtet das XV. Plenum des IEK China als einen Arbeiterstaat, der durch bürokratische Entstellungen gekennzeichnet ist.

Die entscheidende historische Bedeutung der chinesischen Volksrepublik voll begreifend, verteidigt sie die IV. Internationale bedingungslos gegen alle ihre Klassenfeinde. Sie zeigt alle Manöver und den ökonomischen, politischen und militärischen Druck des Im-

perialismus, der die Stabilisierung des neuen Regimes zu verhindern versucht und tatsächlich einen Interventionskrieg in China vorbereitet, auf. Sie unterstützt voll und ganz die Forderungen der Regierung Mao-Tse-Tungs nach dem Rückzug der imperialistischen oder im Solde des Imperialismus stehenden Truppen aus Formosa und den an China angrenzenden Gebieten: Korea, Vietnam, Birma. Sie fordert die Beseitigung der letzten ungleichen Verträge, die China mit Großbritannien und Portugal verbinden, wozu auch die Rückkehr der letzten fremden Enklaven, Hong Kong und Macao, nach China gehört. Sie unterstützt die Kampagne der Regierung Maos für die de jure und de facto Anerkennung Chinas durch alle Staaten der Welt und für seinen sofortigen Eintritt als Vertreter Chinas in die UNO. Sie fordert die tatsächliche Aufhebung der Blockade Chinas und die Herstellung von Handelsbeziehungen auf gleicher Basis zwischen allen Ländern und China. Sie appelliert an alle Regierungen der asiatischen Länder und an alle Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt, einen Gesamtplan der ökonomischen Entwicklung und der Industrialisierung Asiens auszuarbeiten, ohne Tributzahlungen an die Imperialisten und auf der Basis der gegenseitigen Hilfe zwischen den Ländern, die sich der Kontrolle des Imperialismus entzogen haben. Sie appelliert besonders an die westeuropäischen Arbeiterorganisationen, in ihr Programm das Prinzip der uneigennütigen Hilfe zur industriellen Ausrüstung des revolutionären Chinas aufzunehmen und die Errichtung von Arbeiterregierungen (oder Arbeiter- und Bauernregierungen) in ihren Ländern zu verwirklichen. Es ist selbstverständlich, daß sich die chinesischen Mitglieder der IV. Internationale bei der Verteidigung der Eroberungen der chinesischen Revolution gegen alle konterrevolutionären Attacken in der Avantgarde befinden. Sie nehmen gleicherweise innerhalb der Avantgarde am Kampfe für alle revolutionären Maßnahmen, der durch das neue Regime oder durch die Massen ausgelöst wird, teil.

Die IV. Internationale und die chinesischen Trotzlisten treten für die kritische Unterstützung der Regierung Mao-Tse-Tungs ein. Dies beinhaltet eine nachdrückliche Kritik der Orientierung der Regierung in folgenden Punkten:

a) Struktur des Staates und des Regimes der Partei. Die Regierung stützt sich nicht wesentlich auf die demokratisch gewählten Komitees der Arbeiter und Bauern. Die bürokratische Struktur der Partei hat die des Staatsapparates beeinflusst. Die Unterdrückung revolutionärer Elemente der Opposition muß besonders verurteilt werden.

b) Identifizierung der Funktion der Gewerkschaften, der Partei und des Staates auf industriellem Gebiet. Es ist die Aufgabe der Arbeitergewerkschaften, die Interessen der Arbeiterklasse gegen die privaten Kapitalisten und sogar, wenn es notwendig ist, gegenüber dem Arbeiterstaat zu verteidigen.

c) Falsche Konzeptionen gegenüber den Kooperativen, Besonders auf dem Lande, wo es keine sozialistischen Formen gibt, obwohl diese unabdingbar auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus sind.

d) Fehlen einer theoretischen Revision ihrer ehemaligen falschen Konzeption über die "Revolution in Etappen", den "demokratischen Kapitalismus" usw.

Die Kritik soll im allgemeinen in konstruktiver Form vorgebracht werden, indem wir der ökonomischen und sozialen Realität des Landes Rechnung tragen. Auf jeden Fall wird die Diktatur des Proletariats in China von einer Periode der NEP, die viel breiter und länger als in Rußland sein wird, begleitet werden, ohne vollständige Unterdrückung des Privateigentums der kleinen städtischen und ländlichen Industrie, des Handels, des Handwerks usw. Der Rythmus der industriellen Akkumulation auf den Kopf der Bevölkerung wird während einer Übergangs-

periode verhältnismäßig niedrig und im wesentlichen eine Funktion des Rythmus der Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande und der fremden Hilfe sein.

Um die Orientierung der unbedingten Verteidigung der chinesischen Volksrepublik und der kritischen Unterstützung der Regierung Maos zu verwirklichen, müssen sich die chinesischen Vertreter der IV. Internationale vollständig in die Massenbewegung ihres Landes integrieren, wie dies durch den 3. Weltkongreß der IV. Internationale entschieden wurde. Diese Integrierung hat zum Ziel, sich mit den kämpferischsten und bewußtesten Schichten der KP und anderer Massenorganisationen zu verbinden, um sie zur Vollendung der permanenten Revolution in China vorwärtszutreiben und für die Demokratisierung dieser Organisationen und der Macht zu kämpfen.

Die taktischen Formen dieser Orientierung werden durch die chinesische Sektion in engster Beratung mit dem IEK ausgearbeitet werden.

November 1954

(Einstimmig angenommen)

DIE FÜHRUNGSKRISE DER SOWJETBÜROKRATIE

(Erklärung des Sekretariats der IV. Internationale
über den Rücktritt Malenkows)

Die aufsehenserregende Demission Malenkows als Ministerpräsident der USSR kennzeichnet eine neue wichtige Etappe in der chronischen Krise, unter welcher die Führung der Sowjetbürokratie leidet.

Diese Krise, die schon zu Lebzeiten Stalins wütete, verschärfte sich besonders beim Herannahen von dessen Tod. Das zeigte sich klar durch die Bekanntgabe der "Ärzteverschwörung", die unmittelbar nach dem 19. Kongreß der Kommunistischen Partei erfolgte. Sie war anscheinend als grandiose Manifestation der Solidität und Homogenität des Stalinschen Regimes gedacht.

Die "Verschwörung der Ärzte" war die Ankündigung einer gigantischen blutigen Säuberung, die in allen Schichten der Sowjetbürokratie den Schrecken der Periode von 1936 bis 1938 und der großen Moskauer Prozesse auslösen mußte.

Nur Stalins Tod, zufällig oder mit Nachhilfe jener, die direkt oder indirekt durch die "Ärzteverschwörung" bedroht waren, hat ein neues Blutbad verhindert. Sein Tod beseitigte die wirkliche bonapartistische Spitze der Führung der Sowjetbürokratie, die auf ihre Weise das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bürokratie sicherte, einen gewissen Zusammenhang zwischen ihnen herstellte und sich eines notwendigen und der Gesamtheit der Bürokratie nützlichen Ansehens erfreute.

Seine "kollektiven" Nachfolger befanden sich im Augenblick seines Todes vor einer gefährlichen Aufgabe: die offene Bresche zu schließen, die im bürokratischen Panzer durch den Tod des Chefs entstanden war, ohne daß es durch den Übergang der Massen zur Aktion zum Sturz der politischen Regimes der Bürokratie kommt.

Wohl wissend, in welchem Grade die Herrschaft Stalins bei den Massen, aber auch bei breiten Schichten der Bürokratie selbst, die unter dem Polizeiterror lebten, war, mußten die Nachfolger Stalins zuerst einmal eine Politik der Beruhigung nach innen und außen einschlagen, um ihre Macht besser zu befestigen. Anlässlich Stalins Tod unter den verschärften gegensätzlichen Druck der sowjetischen Massen, der verschiedenen Schichten der sowjetischen Bürokratie, der internationalen Massen und des Imperialismus geraten, haben sie sich zuerst bemüht, als eine "kollektive" Führung zu erscheinen, die sich

anschiebt, einige der schreiendsten Ungeheuerlichkeiten und Widersinnigkeiten der Stalinschen Herrschaft zu beseitigen: die Allmacht des Polizeiterrors; die sehr lange Verzögerung in einer wirklichen Hebung des Lebensstandards der Massen (die unter anderem durch die sehr lange Vernachlässigung der Leichtindustrie und der Landwirtschaft im Vergleich mit der Schwerindustrie herbeigeführt wurde); die Erdrosselung des künstlerischen, literarischen und selbst wissenschaftlichen Lebens unter der strikten bürokratischen und polizeilichen Kontrolle; die starren explosiven Beziehungen zu den Satelliten und den Kommunistischen Parteien.

Aber diese Absichten, die sich bekräftigten

- in der Beschuldigung, daß die Polizei verantwortlich für das "Ärztekomplott" gewesen sei,
- durch die Verlagerung des Schwerpunktes auf das "Wohlergehen" der Massen,
- durch die Anstrengungen, die Konsumgüter- und die Agrarproduktion zu verbessern,
- durch eine gewisse Liberalisierung auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft,
- durch die neu geschaffenen Beziehungen mit Jugoslawien,

waren zweischneidiger Natur: wenn diese Maßnahmen die Massenbasis der neuen "kollektiven" Führung verbreitern helfen sollten, so erschienen sie den Massen einfach als Beginn einer Entwicklung, die weiter vorwärts gestoßen werden und bis auf den Grund gehen sollte.

Ein solcher Prozeß würde aber praktisch zu einer vollständigen Umwälzung des politischen Regimes der Sowjetbürokratie führen, eine Rückkehr zur Kontrolle und zur Verwaltung von Staat und Wirtschaft durch die sowjetischen Massen, die sich in den Sowjets, den Gewerkschaften, der Partei oder Sowjetparteien demokratisch organisieren.

Kräftigerer Appetit beginnt zu entstehen, radikalere Strömungen zeichnen sich ab, die Politisierung der sowjetischen Massen und selbst bedeutender Teile der Bürokratie verstärkt sich. Das sowjetische politische Leben, so lange Zeit erstarrt im eisernen Korsett der Herrschaft Stalins, begann rasch aufzutauen. Und das mit einer potentiellen Kraft, die ebenso explosiv ist wie die ökonomischen und kulturellen Fortschritte, die besonders nach dem Kriege, in Wechselwirkung mit den Fortschritten der internationalen Revolution in der gleichen Periode, in der USSR erzielt worden sind. Sie liefen grundlegend der bürokratischen und polizeilichen Verknöcherung zuwider, die durch Stalins Herrschaft gefördert worden war. Es genügte schon, daß der Eindruck einer gewissen literarischen Freiheit entstand, um das Erscheinen von Theaterstücken und Romanen zu bewirken, die die bürokratische Struktur des von Stalin aufgerichteten Regimes brandmarken.

Die von Stalins Nachfolgern geschaffene "kollektive" Führung, absolute Notwendigkeit für ihr eigenes Überleben in der ersten Phase nach Stalins Tod, sah sich schnell in die tiefen Strömungen, die sie objektiv ermutigt hatte, hineingerissen.

Seit diesem Augenblick konnten sich die Reibungen zwischen ihren Mitgliedern nur stärker abzeichnen und verschärfen. Es ging darum, eine versöhnende Formel zu finden, die die Verlängerung der politischen Herrschaft der Sowjetbürokratie mit einer objektiven inneren und äußeren Situation, die in zunehmendem Maße beweglich und explosiv wird, gestattet.

Der Weg, der also zu verfolgen war, um einen kollektiven Schiffbruch zu vermeiden, wurde immer schwieriger. Weder die innere noch die äußere Lage ließen Stalins Nachfolgern eine wirkliche Frist, um in aller Ruhe die Mittel zum "kollektiven" Regieren zu finden.

Beria war das erste Opfer seines Versuchs - oder einfach der Möglichkeit eines solchen Versuchs -, sich innerhalb der "kollektiven

Führung" durch die seinerzeit noch große Macht seiner Polizei vorzuschieben. Er diente aber auch auf bequemste Weise als Sündenbock, der die Popularität des Restes der Führung, die mit dem verhassten "Erzpolizisten" aufgeräumt hatte, erhöhen konnte.

Kaum waren jedoch die anderen Teilhaber der Führung unter sich geblieben, sahen sie sich schon durch neue entgegengesetzte Tendenzen gespalten, die heute erst klar geworden sind. Die eine, welcher Malenkow und Nikojan angehören, stellt den liberalen Teil der Bürokratie dar, der eine Politik einschlug, die sich bewußt von jener Stalins unterschied und sich scheinbar der Lenins annäherte: Hebung der Lebenslage der Massen, relative Liberalisierung des inneren Klimas, Geschmeidigkeit in den Beziehungen zu den Satellitenländern, zu den kommunistischen Parteien und gleichzeitig zu den kapitalistischen Ländern. Der andere Teil, starrer, der bürokratische Elemente der Partei, "Schüler Stalins", verkörpert durch Chruschtschew, umfaßt, suchte eine Art Mittelkurs zwischen der "Linie Malenkow" und der alten Linie Stalins zu entwickeln. Er genießt wahrscheinlich die Unterstützung einer bedeutenden Fraktion der Armee.

Diese letztere Tendenz hat während des ganzen Jahres 1954 infolge der sie vorläufig begünstigenden inneren und äußeren Bedingungen Fortschritte gemacht.

Im Innern hat die Linie Malenkow - ohne jemand zu befriedigen, ohne eine wirkliche substantielle Hebung des Lebensniveaus der Massen, noch eine wirkliche Liberalisierung herbeizuführen - die Appetite und die radikalen kritischen Strömungen gestärkt. Außerhalb der USSR hat sie objektiv die zentrifugalen Tendenzen in den Satellitenländern und den kommunistischen Parteien gestärkt und die Imperialisten zur raschen Ratifikation der Pariser Verträge und zur deutschen Wiederbewaffnung ermutigt.

Unter anderem haben auch die Rückschläge, die die Sowjetdiplomatie nach der Genfer Konferenz erlitten hat, die Tendenz Chruschtschew veranlaßt, ihre Offensive gegen eine Linie zu verstärken, die durch ihre Dynamik verurteilt ist, die herrschende Stellung der Bürokratie zu gefährden. Die seit diesem Zeitpunkt sich häufenden Interventionen Chruschtschews bei allen wichtigen Gelegenheiten auf innerem und äußerem Gebiet, die die Person Malenkows mehr und mehr in den Hintergrund treten ließen, auch auf Gebieten, die dessen eigentlicher Kompetenz unterlagen; die Gegenoffensive in "shdanowistischem" Sinne gegen die Strömungen des "Auftauens" in Kunst, Literatur und Wissenschaft; der Versuch einer Neubelebung des Stalinkultes anlässlich des Geburtstages Stalins, waren Anzeichen des Vormarsches der Tendenz Chruschtschew.

Das alles erreichte seinen Höhepunkt in der Sitzung des Zentralkomitees der KPSU im Jänner 1955, wo die Niederlage der Fraktion Malenkow besiegelt und die Einberufung des Obersten Sowjets beschlossen wurde, um diese Entscheidungen zu bestätigen. Die Motive der Demission Malenkows sind so gewählt, daß sie die siegreiche Fraktion noch rechtfertigen. Malenkow sieht sich gezwungen, seine "Selbstkritik" als Verantwortlicher für die Mißerfolge der Landwirtschaft, dabei noch den von Chruschtschew zugunsten der Bauern ergriffenen Maßnahmen Lob sprechend, auszusprechen.

Der Sieg Chruschtschews ist der Sieg der "Komitards" der Partei, die sich auf eine Fraktion der Militärs stützen, die schon seinerzeit zum Sturz Berias und seiner Polizeiallmacht beigetragen hat. Diese Fraktion bemüht sich, eine wirksamere Schranke gegen die im Fluß befindliche innere Lage aufzurichten und eine starrere Haltung nach außen einzunehmen.

Aber sie kann nicht rein und einfach zum status quo ante zurückkehren noch sich stabilisieren. Sie ist heute schon gezwungen, den Vorrang der Schwerindustrie als unvermeidlich für den Aufstieg von

Leichtindustrie und Landwirtschaft hinzustellen. Die Art und Weise, wie sich diesmal der Kampf der beiden Fraktionen entwickelt hat, ist bezeichnend. Das Kräfteverhältnis zwischen ihnen hat diesmal, zumindest dem Anschein nach, "ideologische" Mittel erzwungen, eine "Diskussion", eine "Selbstkritik", ohne Verleumdungen und summarische Exekutionen.

Die Krise geht weiter.

Im Falle einer neuen Verschärfung der internationalen Situation und des Fortbestandes der im Fluß befindlichen inneren Lage könnte Bulganin, der die letzte Brücke von der Partei zur Armee darstellt, seinen Platz einem direkteren Wortführer der Armee abtreten.

Die Frage wird endgültig durch die Dynamik des Massenkampfes im Innern der USSR und in der internationalen Arena entschieden werden. Es wird die Aktion der Sowjetmassen sein, unterstützt durch das internationale Proletariat, die die Bürokraten niederwerfen, ihre Macht stürzen und die Sowjetdemokratie vollständig wiederherstellen wird.

Ein neuer Schlag ist dem Ansehen der Führung der Sowjetbürokratie in der USSR selbst und in den an den Kreml gebundenen kommunistischen Parteien versetzt worden. Er wird eine Verschärfung der Tendenzen und eine kritische Atmosphäre sowohl in der USSR als auch in den kommunistischen Parteien zur Folge haben.

Es gibt heute in der Welt keine Kraft, die imstande ist, den tiefen und grundlegenden revolutionären Prozeß, der die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts kennzeichnet, aufzuhalten. Seine Dynamik wird nur ein Resultat haben: Hinwegfegen des kapitalistischen Systems und ebenso der bürokratischen politischen Regimes, die in der USSR und in den Volksdemokratien infolge des rückständigen Charakters dieser Länder und einer Periode, in der die Kraft der proletarischen Revolution noch begrenzt war, geschaffen wurden.

Es lebe die demokratische Macht der Arbeiter und Bauern in der USSR und in der ganzen Welt!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die IV. Internationale!

9. Februar 1955

Internationales Sekretariat
der IV. Internationale